

# DIE LINKE. im Rat

Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal

Nr. 30 · März 2014

Liebe Leserin, liebe Leser,

die Höhe der Gehälter der Vorstände Wuppertaler kommunaler Unternehmen ist in unserer Stadt so geheim als sei dies ein Staatsgeheimnis. Selbst eine Verfügung der Bezirksregierung Transparenz zu schaffen, wird nicht umgesetzt. Die Rechtmäßigkeit dieser Verfügung wird von der Verwaltung und einem von der Stadt in Auftrag gegebenen Gutachten in Zweifel gezogen. Die Belange des Datenschutzes und der Vertraulichkeit seien in der Verfügung nicht ausreichend beachtet worden. Beim Datenschutz der Wuppertalerinnen und Wuppertaler ist die Verwaltung nicht so pingelig. Schließlich hat man beim Verkauf von Adressdaten der WuppertalerInnen keine Skrupel. Aber bei der Veröffentlichung von Vorstandsbezügen ist der Datenschutz heilig. Bestimmte Vorstandsbezüge werden nicht einmal in nichtöffentlicher Sitzung bekannt gemacht. So fragt die Ratsfraktion DIE LINKE schon seit Jahren nach der Höhe der Gehälter des AWG-Vorstands. Zur Information: Der Chef der AWG Wolfgang Herkenberg ist gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender der SPD Wuppertal. Die Veröffentlichung von Vorstandsbezügen ist bei DAX-Unternehmen ständige Praxis. Es ist ein Skandal, dass dies bei kommunalen Unternehmen verweigert wird!

**Interview mit ver.di-  
Bezirksgeschäftsführer Seite 2  
Innenstadtentwicklung Seite 3**

## Döppersberg-Umbau: Kniefall vor dem Investor

**In der Ratssitzung am 24. Februar 2014 stimmten die Mehrheitsfraktionen, aber auch die Grünen für die privaten Investitionen und die Vollsperrung der B7.**

Mit den jüngsten Entscheidungen beim Prestigeprojekt Döppersberg und der Sperrung der B7 wird dem Investor eilig freie Bahn geschaffen und Alternativplanungen endgültig der Riegel vorgeschoben. Gegen das Bürgerbegehren zur Einhaltung des Ratsbeschlusses von 2010, der eine Deckelung der Umbaukosten auf 105 Mio. Euro vorsah, argumentierte die Stadtspitze unter anderem damit, dass Fördergelder bei einer Planungsänderung zurückgegeben werden müssten.

**Planungsänderungen sind möglich**

Jetzt – auf Wunsch des Investors – sind gravierende Planänderungen möglich, werden Förderanträge geändert und weitere Risiken eingegangen. Auf Wunsch des Investors wird der InvestorenKubus um 25 m weiter nach Westen verlagert, sodass von dem ursprünglichen großen Stadtplatz, den „öffentlichen Freiräumen“, nur noch Restflächen um den Kubus herum übrigbleiben. Was bleibt da von



der versprochenen Attraktivität eines offenen Stadtplatzes?! Der Blick auf das architektonisch wertvolle Bahnhofsgebäude wird größtenteils verstellt. Das repräsentative Direktionsgebäude der Bundesbahn wird vom Platz abgenabelt. Auf dieser Seite wird es keine Fahrstühle oder Rolltreppen geben trotz eines Höhenunterschiedes von 7 Metern. Es verliert somit für den dortigen Investor, mit dem man ausdrücklich nicht gesprochen hat, an Wert und Interesse. Der Weg in den Verfall ist damit vorgezeichnet. Zudem wird der Wupperpark verkleinert sowie baulich und optisch von der Fußgängerzone abgetrennt. Ein lediglich fünf Meter breiter Zugang zum Park soll erhalten  
*Fortsetzung auf Seite 2*

### **Etappensieg am Leuchtturm**

**Am 14. März wurden 13005 Unterstützungsunterschriften für ein BürgerInnenbegehren zur Einhaltung des Ratsbeschlusses von 2010 abgegeben.** Durch diesen Ratsbeschluss sollen die Kosten für den Döppersberg-Umbau auf 105 Mio. € Euro gedeckt werden. Der Initiative döpps 105 standen nur zwei Monate Zeit zur Verfügung, die erforderliche Anzahl von 10.864 Unterschriften für das BürgerInnenbegehren zu sammeln. Das ist jetzt erreicht!

Jetzt muss der Rat schnellstmöglich darüber entscheiden. Erkennt der Rat die Zulässigkeit des BürgerInnenbegehrens an – was bei der Wuppertaler Großen Kooperation unwahrscheinlich ist – findet der BürgerInnenentscheid statt. Für diesen würde sich der Tag von Kommunal- und Europawahl, nicht nur aus Kostenersparnisgründen anbieten. Durch eine geschickte Ausnutzung der Weihnachtsfeiertage erreichte die Stadtverwaltung Wuppertal die Ver-

kürzung der eigentlich dreimonatigen Sammelfrist, indem sie erforderliche Unterlagen genau einen Tag vor Heiligabend zur Verfügung stellte. Dieser Schachzug war nicht der erste und nicht der letzte Versuch der Verwaltung, den Wunsch vieler Menschen in Wuppertal, bei einer der wichtigsten stadtplanerischen Fragen der Stadt mitzureden, zu boykottieren. Aber alle Tricksereien der Verwaltung haben nichts genutzt. Döpps 105 hat sich davon nicht beirren lassen, sondern sich darauf konzentriert, in der kurzen Zeit so viele Menschen wie möglich anzusprechen und über den Umbau am Döppersberg aufzuklären. Döpps 105 war erfolgreich. Die Furcht der Stadtspitze vor einem Erfolg der Initiative steht für ihre Furcht vor einer Generaldebatte um das Bauprojekt. Die horrenden Mehrkosten des Projekts waren den Handelnden von Anfang an bewusst. Der Beschluss einer Kostendeckelung auf 105 Mio. € im Jahre 2010 von CDU/SPD/Grüne/FDP sollte lediglich zur Beruhigung der

Öffentlichkeit dienen. Zu keinem Zeitpunkt waren die Verantwortlichen bereit, entsprechend des beschlossenen Kostenrahmens Korrekturen am Projekt vorzunehmen. ●

**döpps  
105**  
Initiative BürgerInnenbegehren  
Für den Döppersberg



Foto: jovofoto

Fortsetzung von Seite 1

werden. Der Gebrauchswert der Grünanlage wird dadurch erheblich beeinträchtigt, das städtebauliche Konzept über Bord geworfen.

### **Verkauf an den Investor birgt finanzielle Risiken für die Stadt**

Neben dem unklaren Kaufpreis ist völlig offen, in welcher Höhe Umbauarbeiten, die vom Investor erledigt werden sollen, den Kaufpreis weiter reduzieren und wie hoch die zusätzlichen Baukosten für den Pavillon am Wupperpark sind, der nun von der Stadt gebaut und finanziert werden muss. Eine Aussage des Landes, ob dieser Verzicht am Verkaufspreis des Grundstücks mit den Förderrichtlinien konform geht, liegt nicht vor.

### **Sperrung der B7 führt zu chaotischen Verkehrsverhältnissen, ist aber gut für den Investor!**

Ein im städtischen Auftrag erstelltes Gutachten sprach sich 2008 gegen eine Vollsperrung der B7 aus und bewertete diese als worst-case. Heute

aber wird die Vollsperrung als alternativlos dargestellt, da sie eine Kostenersparnis von 1,5 Mio. Euro und eine Zeitersparnis von 2 Jahren bringen würde. Der wirkliche Grund ist allerdings ein anderer. Ohne die Vollsperrung der B7 hätte der Investor erst viel später mit dem Bau beginnen können. Jetzt beginnen mit den Arbeiten an der Tieferlegung der B7 zugleich die Arbeiten des Investors am Baugrund des Investoren-Kubus.

### **Die Interessen des Investors sorgen nicht nur für die Veränderungen im Projekt: Sie machen auch die Vollsperrung der B7 erforderlich. Früher richteten sich Bauherren nach den Vorgaben der Stadt – heute ist es umgekehrt.**

An den enormen Kostensteigerungen beim Döppersberg-Umbau wird sich der Investor natürlich nicht beteiligen. Diese Millionen muss unsere hochverschuldete Stadt an anderer Stelle im Haushalt „einsparen“. In einem Haushalt, in dem schon heute in fast allen Bereichen die finanziellen Mittel zu knapp bemessen sind. ●



## **Fortführung der Finanzierung der Schulsozialarbeit**

Die Ratsfraktion DIE LINKE ist erfreut, dass sich im Rat alle Fraktionen einig sind, dass die Schulsozialarbeit ein wichtiger Baustein für die Verwirklichung von Chancengleichheit an unseren Schulen ist. Noch mehr erfreut es uns aber, dass die Verwaltung endlich der Intention unserer bisherigen Anträge zur Finanzierung der Schulsozialarbeit nachgekommen ist und sie bis Ende 2014 aus städtischen Mitteln finanzieren wird. Denn durch diese Umschichtung erreichen die Gelder aus dem Bildungs- und Teilhabepaket über den Umweg durch den städtischen Haushalt doch noch ihre vorgesehenen EmpfängerInnen, die benachteiligten Wuppertaler SchülerInnen. Es bleibt aber weiterhin die Aufgabe der Landesregierung, die Schulsozialarbeit über 2014 hinaus sicher zu stellen. ●

## **Wahlkampfhilfe für den Oberbürgermeister**

Erst auf Druck der vielen kritischen Stimmen zum Umbau, dessen Kostensteigerung und Beeinträchtigungen für die WuppertalerInnen räumte die Verwaltung „Kommunikationsfehler“ ein und beauftragte – ohne vorherige Ausschreibung – den Kommunikationsprofessor Busmann, damit dieser für eine „positive Kommunikation des Döppersberg“ sorgen soll. Dafür erhält er jährlich 300.000 Euro. Busmanns Unternehmen ist gleichzeitig für den Shoppingmall-Betreiber ECE tätig, dessen Pläne zur Zubetonierung des Platzes am Kolk im übrigen noch lange nicht vom Tisch sind. Die von Busmann erstellte Kommunikationsstrategie ist eine, von den SteuerzahlerInnen bezahlte Wahlkampfhilfe für CDU-SPD-Grüne-FDP und besonders für den Oberbürgermeister, die sich mit Hilfe des Leuchtturm-Projektes die Wiederwahl sichern wollen. ●



## **Wuppertal braucht städtebaulichen Masterplan**

**Bernhard Sander, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE, im Gespräch mit Daniel Kolle, Bezirksgeschäftsführer ver.di Wuppertal-Niederberg**

**LiR: Das Diktat der Schuldenbremse folgt dem Glaubenssatz, der Staat könne wie ein Privathaushalt nur das ausgeben was er einnimmt. In Wuppertal nimmt dieser Satz die Form des Haushaltssanierungskonzepts und des Haushaltssanierungsplans an. Welche Folgen werden heute bereits sichtbar? ...**

**Daniel Kolle:** Die Investitionen gehen seit langer Zeit zurück. Es wird nur das gemacht, was zwingend notwendig ist oder durch Landes- und Bundesmitteln oder europäische Fördergelder gegenfinanziert wird. Das führt in die Vernichtung der Substanz öffentlichen Vermögens. Die Wuppertaler Straßen spiegeln dieses Bild sichtbar wieder, ganz zu schweigen von brach liegenden Gebäuden wie dem Schauspielhaus. Zudem wird massiv Personal abgebaut. Bis 2021 werden städtischen Prognosen folgend 1600 Beschäftigte die Stadt verlassen haben. Geplant ist „nur“ der Abbau von ca. 860 Stellen. Dieser Abbau wird zu Einschränkungen der öffentlichen Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürgern führen. Die jahrzehntelange Kommunalfinanzkrise wirkt sich somit nachhaltig negativ aus und das trotz des angestrebten Haushaltsausgleichs.

**LiR: Die Konzentration auf Leuchtturmprojekte belastet den städtischen Haushalt. Wie stellst du dir Stadtentwicklungspolitik für Wuppertal vor? ...**

**Daniel Kolle:** Ich bin der festen Überzeugung, dass wir von den Leuchtturmprojekten weg kommen müssen. Gerade wenn die Investitionsmittel knapp sind, muss nach dezentralen und kleinteiligen Lösungen gesucht werden, statt ständig den großen Wurf landen zu wollen. Stadtentwicklung muss in einem „Masterplan“ als Rahmen beschrieben werden. Das entbindet aber nicht von der Pflicht, die Grundpfeiler der Stadtentwicklung solide zu halten. Dazu zählt eine leistungsstarke Infrastruktur und

die Erschließung neuer Entwicklungsfelder und Flächen, aber auch der Döppersbergneubau. Das Eingangstor zur Stadt muss den Anforderungen einer modernen Verkehrsinfrastruktur des 21. Jahrhunderts entsprechen. Wie und in welchem Umfang, muss die Politik sorgfältig abwägen und dabei auch die finanziellen Auswirkungen abwägen.

**LiR: Was sind die Erwartungen an die Linke im Rat? ...**

**Daniel Kolle:** Die Ratsfraktionen demokratischer Parteien im Rat sind für uns als Einheitsgewerkschaft alle als politische Ansprechpartner wichtig. Wir schätzen den kollegialen Dialog mit der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt sehr. Uns freut es, dass wir viele inhaltliche Schnittmengen haben und im Dialog die gewerkschaftlichen Positionen auch oft Einfluss in die Arbeit der Fraktion finden. ●

**DIE LINKE.  
im Rat**

#### **Impressum:**

Herausgegeben von  
der Fraktion DIE LINKE  
im Rat der Stadt Wuppertal,  
Rathaus, Zimmer 242,  
Johannes-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal,  
Telefon und Fax: 0202 563-6677  
www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de  
E-Mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de  
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ursula Albel, Dr. Dirk  
Krüger, Bernhard Sander, Gerd-Peter Zielezinski  
Redaktionsschluss: 10. März 2014  
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal  
Auflage: 120.000. Die Abgabe erfolgt kostenlos.

**der Stadt  
Wuppertal**

# Mehr als einmal kann man den Euro nicht ausgeben!

Die Investoren-Freunde SPD, CDU, FDP und Grüne pflügen den Einzelhandel auf rabiate Weise um. Die Beschlüsse beugen sich den Wünschen des Finanzinvestors.

## Wen verdrängt der Investor am Döppersberg?

Die Freude über ein neues Shopping-Angebot ist groß, aber es vernichtet andere Geschäfte. Bereits jetzt machen mit Hinweis auf den Döppersberg-Umbau 3 Geschäfte zu: Salamander, Möbel Wolf, B&O. Strauss ist von Schließung bedroht, die Rathaus-Galerie kämpft mit wachsendem Leerstand. Das Investorenprojekt wird die Passantenströme in der gesamten Elberfelder Innenstadt umlenken. Die Kaufkraftströme werden dünner in der Herzogstr., an der Klotzbahn usw. Im Bebauungsplan ist konkret genannt, wen es noch bedroht: Bis nach Barmen C&A und H&M. Eine Verlagerung von einer Drogerie in den Kubus ist wahrscheinlich. Für die sagenhafte Zahl von 1000 neuen Stellen, die der Oberbürgermeister Jung durch die Presse geistern ließ, gibt es keine Zusagen des Investors. Realistische Zahlen aus dem Einzelhandel lassen gerade mal ein Viertel vermuten – und

vermutlich viele befristet, in Teilzeit, und geringfügig. Wie viele durch die Verlagerung der Passantenströme verloren gehen, wird verschwiegen. Hier wird einmal mehr mit den Hoffnungen der Wuppertalerinnen und Wuppertaler gespielt.

## OB Jung und GroKo in Großmannssucht

Das Vorgehen der Verwaltung und der Fraktionen, die sich hinter dieses Projekt stellen, SPD, Grüne, CDU, FDP schürt bis zum letzten Satz die Illusion „das Hauptzentrum in seiner Funktion als größte Einkaufsinnenstadt im Bergischen Städtedreieck weiter zu stärken“. Damit wird die Konkurrenz zwischen den bergischen Städten weiter angeheizt: Wenn Wuppertal keine Rücksicht auf uns nimmt, nehmen wir auch keine Rücksicht auf Wuppertal. Alle tanzen um das Goldene Kalb – und alle werden dabei verlieren. Im Investoren-Interesse handeln SPD und CDU gegen besseres Wissen. Schon 2006 kam ein Gutachten der Stadt zu dem Schluss: „Die Entwicklung des einzelhandelsrelevanten Kaufkraftpotenzials lässt im Bergischen Städtedreieck insgesamt keine Wachstumsspielräume erkennen. Ein Zuwachs an Verkaufsflächen wird daher tendenziell zu sinkenden Flächenleistungen und in der Folge mit der Verdrängung leistungsschwacher Anbieter vom Markt einhergehen.“ (S. 69) Die Kaufkraft ist nicht gestiegen, die Bevölkerungszahl ist nicht gestiegen, der Umsatz ist nicht gestiegen. Das Gutachten gilt also

immer noch. Der Online-Handel macht weitere Verkaufsfläche überflüssig. Eine Konzeption für das Marketing des Standorts wird von den Einzelhändlern bisher vergeblich angemahnt. Von einem Masterplan für die Wuppertaler Stadtteile spricht nur DIE LINKE. ●



Am 13. April 1945, wenige Tage vor der Befreiung der Städte Remscheid, Wuppertal, Langenberg, und Solingen durch amerikanische Truppen, wurden von der Gestapo 71 Gefangene des NS-Regimes aus Remscheider und Wuppertaler Gefängnissen geholt und auf Lastwagen in die Wenzelnbergschlucht bei Solingen-Landwehr gebracht. Dort wurden sie durch Genickschuss ermordet. Am Ort des Verbrechens erinnert eine Gedenkstätte an die Opfer. Hier findet alljährlich eine Mahn- und Gedenkveranstaltung statt, die seit einiger Zeit gemeinsam von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA), und den Städten Langenfeld, Remscheid, Solingen und Wuppertal veranstaltet wird. Die Städte wechseln sich jährlich mit der Ausrichtung ab. In diesem Jahr wird sie von der Stadt Wuppertal ausgerichtet.

Hintergründe und eine Anfahrtsbeschreibung finden sich auf unserer Website – unter Termine: <http://www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de>



## IKEA: Hoffnung durch nichts belegt

Um IKEA herrscht – wahlkampfbedingt – Ruhe. Der Rat hat einen Vorratsbeschluss gefasst, das Groß-Einkaufszentrum am Rande der Stadt – vornehm Fachmarkt genannt – sofort umsetzen zu können, falls man das Gerichtsverfahren gewinnen sollte. Es fehlt eine verbindliche Zusage von IKEA, das Möbelhaus auch ohne Fachmarkt zu eröffnen. Bisher gibt es nur unbestätigte Pressemeldungen über die Luftballons des Landtagsabgeordneten Bell.



## Hallenbad Vohwinkel trotzdem abgerissen

Für die vom Rat genehmigten Mehrkosten des Döppersberg-Umbaus von 35 Mio. € hätte das Bad 7 mal modernisiert und energetisch saniert werden können. Oder der vom Förderverein berechnete jährliche Fehlbetrag in Höhe von 120.000 € hätte von der Stadt 292 Jahre beglichen werden können. Das sind Rechenbeispiele, die von den Befürwortern eines Döppersberg-Umbaus ohne Kostenbegrenzung nicht gerne gehört werden. Sie stellen die Sache so dar, als hätten die beiden Dinge nicht das Geringste miteinander zu tun. Dies ist unseriös. Auch in Wuppertal kann Geld nur einmal ausgegeben werden. Die 35 Mio. € Mehrkosten müssen über den städtischen Haushalt erwirtschaftet werden. Das Geld muss also aus anderen Projekten/Einrichtungen abgezogen werden. Die Betriebskosten des Bades in Höhe von 210.000 €, die durch die Schließung „eingespart“ werden, reichen erst nach 167 Jahren aus, um die Mehrkosten des Döppersberg-Umbaus, die heute zugegeben werden, zu begleichen. ●

# DIE LINKE.

Kreisverband Wuppertal

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Kommunalwahlprogramm des Kreisverbandes DIE LINKE Wuppertal finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.die-linke-wuppertal.de/>

Auf Wunsch senden wir Ihnen unser Kommunalwahlprogramm gerne zu:  
Cornelia Weiß, Hombüchel 24, 42105 Wuppertal

## Politische Lage und Bilanz der LINKEN im Rat

In den vergangenen fünf Jahren hat eine vergrößerte Ratsfraktion der LINKEN mit Anträgen, Anfragen und Redebeiträgen die große Kooperation kritisch hinterfragt. Nur DIE LINKE war in der Lage, soziales Profil zu zeigen (Ablehnung der Haushaltskürzungen, Durchsetzung von verbilligten Kulturkarten, Antrag zum Sozialticket usw.) und mehr Transparenz durchzusetzen (Live-Übertragung der Ratsitzungen). DIE LINKE hat die große Kooperation dazu gebracht, Versprechungen einzulösen (6. Gesamtschule). DIE LINKE hat im Rat die Solidarität mit den Beschäftigten von DLK/Helios (Kampf gegen Ausgliederung), Lebenshilfe (Kampf um Tarifvertrag) und bei Schäffler (750 bedrohte Arbeitsplätze) zum Thema gemacht; dabei ist es gelungen, auch die Mehrheit der anderen Parteien auf soziale Positionen zu verpflichten. DIE LINKE war bei allen Bürgerprotesten, wenn es um den Erhalt öffentlicher Bäder, Kultureinrichtungen usw. ging, dabei und hat sie unterstützt. Und wir werden es weiter tun, wo es nötig ist.

Der massive Stellenabbau bei der Stadt führt zu einer deutlichen Leistungseinschränkung für die WuppertalerInnen und mindert die Lebens-

qualität in unserer Stadt (Schließung Bürgerbüros, Jugendeinrichtungen, Einschränkung des Badebetriebs bei den wenigen, verbleibenden kommunalen Bädern, lange Wartezeiten). Aufgrund der Finanznot der Stadt fehlen trotz des hochgelobten Stärkungspaktes die finanziellen Mittel, Treppen, Brücken, Straßen und Gehwege in Stand zu setzen. Der Unterhalt kommunaler Gebäude ist häufig nur mit den Geldern möglich, die durch den Verkauf städtischen Eigentums erzielt wurden. Darüber hinaus begrenzen Bildungs-, Sozial- und Finanzpolitik von Land und Bund die Möglichkeiten kommunaler Politik. CDU und SPD reden sich die Wuppertaler Situation schön und scheuen sich sogar diese Probleme offen anzusprechen.

Die sogenannte große Kooperation von CDUSPD bedeutete acht Jahre Stillstand, sozialer Rückschritt und stadtpolitische Fehlentwicklung. DIE LINKE Wuppertal benennt offen die Missstände und versucht im Rat, in den Bezirksvertretungen und Ausschüssen eine andere Politik zu gestalten. Nur mit der LINKEN ist ein Politikwechsel möglich. ●

Bernhard Sander, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE



## Europawahl, Kommunalwahl und Freihandel (?)

EU-Kommission und US-Regierung verhandeln über ein Freihandelsabkommen, *Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)*. Mit diesem TTIP soll erlaubt werden, was wir nicht wollen: Gentechnik im Essen, Hormonfleisch, mit Chlor desinfizierte Hähnchen sowie Fracking, also die Förderung von Gas und Öl mit giftigen Chemikalien. Auch gegen die europäischen Arbeits- und Gewerkschaftsrechte könnten US-Konzerne als „Handelshemmnisse“ klagen. Das TTIP bedroht die kommunale Daseinsvorsorge. Denn Konzerne sollen vor zweifelhaften privaten Schiedsgerichten ganze Staaten und Gebietskörperschaften auf Schadensersatz in Milliardenhöhe verklagen können wegen Gesetzen, die die eigene Rendite schmälern. Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (von der Ver- & Entsorgung bis zur Kinderbetreuung), die bisher als öffentliche Aufgaben geschützt sind, sollen der privaten Profitwirtschaft geöffnet werden. Nur wer es sich leisten kann, wird dann solche Dienstleistungen in Anspruch nehmen können. Die EU-Kommission darf diese Errungenschaften des Sozialstaates nicht aufgeben. Die Details dieses transatlantischen Abkommens bleiben für Umweltverbände, Gewerkschaften und die Öffentlichkeit im Dunkeln. Aber mehr als 600 Wirtschaftslobbyisten nehmen in geheimen Verhandlungen Einfluss auf TTIP.

Daher beantragte die LINKE im Rat, die Verwaltung mit Aufklärung zu beauftragen, wo Wuppertal konkret betroffen sein könnte. Die Blockade-Mehrheit von SPD und CDU lehnte mit Unterstützung der FDP und WfW ab. Begründung: Man verlasse sich auf die eigenen Verbände, da brauche man sich nicht selbst kümmern. Die LINKE wird nachhaken. Die LINKE bleibt bei der Kommunal- und der Europawahl eine vernehmliche Stimme gegen diese Bedrohung unserer Städte. ●

## Wuppertaler Bühnen auf dem Weg in die Provinz

„Wenn auf das Wort des Oberbürgermeisters kein Verlass mehr ist, worauf sollte sich die Bürgergesellschaft dann noch verlassen können?“, fragt Gerd-Peter Zielezinski, Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE, nachdem der neue Intendant seine Pläne für die kommende Spielzeit der Presse mitgeteilt hat. Diese Pläne beinhalten die Abkehr vom festen Ensemble und die Einrichtung eines en suite-Betriebes mit langen Phasen ohne Aufführungen. Gerüchte darum tat der Oberbürgermeister als Theaterdonner und Unterstellung ab. Monatelang war der Oberbürgermeister um keine Ausrede verlegen, sich einer Diskussion um die künstlerische Konzeption zu entziehen. (vgl. WZ vom 13.3.14). Dieses feige Verhalten des OB ist einfach nur beschämend.

Kulturausschuss-Mitglied Bernhard Sander bedauert, dass die Geschäftsführung der Bühnen es nicht für nötig erachtet hat, den neuen Spielplan und die Grundausrichtung mit der kulturinteressierten Bürgerschaft oder stellvertretend mit dem Kulturausschuss zu besprechen, sondern nur mit dem Aufsichtsrat der Bühnen. „Ein Aufsichtsrat ist ein unternehmerisches Steuerungsinstrument und kein künstlerisches“, betont Sander. „Mit diesem Spielplan, ohne jeglichen Mut zum Experiment, mit der Beschränkung auf Althergebrachtes führt Herr Kamioka unsere Oper in die tiefste Provinz, aber er dürfte damit allerdings den Geschmack von OB Jung treffen.“

Die Ratsfraktion DIE LINKE wünscht dem scheidenden Intendanten Weigand alles Gute. Das Mitglied des Kulturausschusses Bernhard Sander erinnert sich gerne an tolle Barockopern und vor allem an die „Bluthochzeit“, die im Feuilleton der FAZ gelobt wurde.

Es sei bedauerlich, so Sander weiter, dass die neue Schauspielintendantin Frau Abbrederis sich das Weihnachtsstück hat wegnehmen lassen und auf die große Bühne gänzlich verzichtet. In der Anlage des Spielplans ist offensichtlich, dass man seitens der Stadtspitze weiter am Kurs des Kaputtsparens festhält und nur das Tempo angesichts des allgemeinen Unmuts gedrosselt hat. ●